

Fernuniversität Hagen

Die Geschichte des politischen Islam im Sudan in den Jahren 1955 bis 1985
und dessen Bedeutung für den sudanesischen Nord-Süd-Konflikt

M A G I S T E R A R B E I T

zur Erlangung des akademischen Grades eines
Magister Artium

vorgelegt

am 20. Juli 2012

Studienfach Geschichte

von

Klaus Spiessberger,

Matrikel-Nr. 6384196

Heerstraße 27, 81247 München

Prüfer: Dr. Jürgen Nagel

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Klaus Spiessberger

Die Geschichte des politischen Islam im Sudan in den Jahren 1955 bis 1985 und dessen Bedeutung für den sudanesischen Nord-Süd-Konflikt.

ISBN 978-3-86376-044-1

Alle Rechte vorbehalten

1. Auflage 2013

© Optimus Verlag, Göttingen

URL: www.optimus-verlag.de

Printed in Germany

Papier ist FSC zertifiziert (holzfrei, chlofrei und säurefrei,
sowie alterungsbeständig nach ANSI 3948 und ISO 9706)

Das Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes in Deutschland ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Charakterisierung des Sudan	7
2.1	Herkunft des Namens	7
2.2	Geographie	8
2.3	Bevölkerung	9
2.4	Zusammenfassung der Geschichte des Sudan vor dem Jahr 1955	10
3	Definition und Annäherung an den Begriff: „Was ist politischer Islam?“	21
4	Strömungen und Akteure des politischen Islam im Sudan	33
4.1	Historische Meilensteine in den Jahren 1955 bis 1985	33
4.1.1	Unabhängigkeit 1956	34
4.1.2	Das Addis-Abeba-Abkommen 1972	37
4.1.3	Die Einführung der Scharia 1983	46
4.2	Panislamismus	49
4.3	Panarabismus	52
4.4	Ausländische Akteure	55
4.5	Einzelpersonen	57
4.6	Sekten	66
4.7	Politische Parteien	69
5	Der sudanesischer Nord-Süd-Konflikt – Geschichte, Gründe und Bedeutung des politischen Islam	73
5.1	Chronologie des Konfliktes	73
5.2	Gründe des Konfliktes	75
5.2.1	Religiöse Gründe	75
5.2.2	Politische Gründe	80
5.2.3	Der politische Islam als Grund	87

5.2.4	Andere Gründe	93
6	Zusammenfassung	97
7	Ausblick	101
8	Danksagung	103
	Quellenverzeichnis	105
	Bibliographie	107

1 Einleitung

„You know and you remember we had been suffering from a long war between south and north and how this war ended up with total destruction of the economy, of the country and so many resources. More importantly, so many chances had also been lost by the two parties, south and north. So the war not only was destroying resources – whether human or economic – but also made a very big loss of chances to both parties of the country (...) We had been committed to that code of peace and for that goal of peace. We in the Sudanese government had sacrificed a considerable part of our country and a considerable part of our population and resources in the south just to keep the two parts of the country living in peace.“¹

Hinter der schlichten und wenig aussagekräftigen Bezeichnung S/RES/1999 verbarg sich sowohl eine kleine historische Sensation als auch eine Hoffnung von Millionen Menschen – weltweit, aber insbesondere für die solange geplagte Bevölkerung des Sudan bedeutete die Resolution des Sicherheitsrates vom 13. Juli 2011², mit welcher der Südsudan völkerrechtlich als Mitglied der Vereinten Nationen anerkannt wurde, eine Chance auf einen Neuanfang in der Beziehung zwischen dem solange unter einer Flagge vereinten Nord- und Südteil des Landes. Vorhergegangen war eine Geschichte des Sudan, die nach Harry Verhoeven *„von extremer Gewalt geprägt war“*.³ Für Momsur Khalid war der Sudan gar *„im Krieg mit sich selbst“*.⁴ Das Land erlebte den längsten Bürgerkrieg Afrikas⁵, in dessen über zwanzigjährigem Verlauf Norden gegen Süden, Muslim gegen Christ und Araber gegen Afrikaner kämpften⁶, bei dem mehr als eine Million Menschen,

¹ Ali Karti, Außenminister des Sudan und Gründer der People`s Defence Force Militias, in einer Rede vor den Mitgliedern im Royal Institute of International Affairs/ Chatham House in London am 6. Juni 2011, Titel: Current developments in Sudan

² Quelle: <http://securitycouncilreport.org/atf/ct/%7B6SBFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/Sudan%20RES%201999.pdf>

³ Verhoeven, Harry, The logic of war and peace in Sudan, in: The Journal of Modern African Studies, Nr. 49, 2011, S. 671-684.

⁴ Khalid, Momsur, War and Peace in Sudan: a tale of two countries, London 2003, S. 1.

⁵ Nieth, Jürgen, Ein neuer Staat, in: Wissenschaft und Frieden, Nr. 11, 2011, S. 21-31.

⁶ Johnson, Douglas, The root causes of Sudan`s Civil wars, in: The International Africa Institute, Nr.4, 2003, S. 6-12.

meist aus dem Süden des Landes, ihr Leben ließen⁷ und durch den der Sudan wirtschaftlich ruiniert wurde.⁸

Wurde das jahrzehntelange Leiden der sudanesischen Bevölkerung über einen durchaus langen Zeitraum weitestgehend eher geringfügig betrachtet, nahm die mediale Wahrnehmung des Landes spätestens seit dem Militärputsch 1989 spürbar zu.⁹ Der Grund war ein gestiegenes Interesse an der Thematik des „politischen Islam“, das nach den Anschlägen in New York an „9/11“, gepaart mit einem zunehmenden Gefühl der Bedrohung von islamistischem Terror und islamistischen Anschlägen noch deutlich zunahm. So verwundert es nicht, dass insbesondere in den Vereinigten Staaten von Amerika im Anschluss an den größten Terrorakt auf amerikanischem Boden ein wenig schmeichelhaftes Bild vom Sudan gezeichnet wurde:

„Sudan has been an active and aggressive state sponsor of terrorism. It has been for many years the only country in sub-Saharan Africa that poses as direct threat to United States national security. (...) Sudan continues to be one of the worst abusers of human rights on the planet. They support the enslavement of their own citizens, bomb regularly innocent civilians, persuade people for their religious beliefs and prosecute one of the deadliest and long-standing wars on earth. (...) Sudan is also notorious for saying one thing and doing another.“¹⁰

Es ist durchaus angebracht, diese Aussage kritisch zu hinterfragen, sie verdeutlicht aber ein Interesse an Ländern, die als „islamistisch“ betrachtet werden¹¹ und damit einhergehend an Themen des politischen Islam. Gleichzeitig erfolgt aber meist eine Verknüpfung dessen mit negativ behafteten Assoziationen, etwa in Form eines militanten Islamismus.¹² Dies traf – und teilweise trifft – auch auf den Sudan zu. Zum einen wegen einer mehr oder weniger offenen Unterstützung des internationalen Terrors¹³, zum

⁷ Burr, Millard, Collins, Robert, *Revolutionary Sudan*, Leiden, 2003, S. 15.

⁸ Ebd.

⁹ Abdullahi, A. Gallab, *The first Islamist Republic – Development and Disintegration of Islamism in the Sudan*, Burlington, 2008, S. 15.

¹⁰ Aussage von Dr. Susan Rice, Assistant Secretary of State for African Affairs, später US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, vor dem House International Relations Committee Subcommittee on Africa, am 15.11.2001, Quelle: http://avalon.law.yale.edu/sept11/susan_rice_001.asp

¹¹ Vgl. Kepel, Gilles, *The Jihad – The trail of political Islam*, Harvard, 2002.

¹² Vgl. Jansen, Godfrey, *Militant Islam*, Pittsburgh, 1997.

¹³ Vgl. James, Wendy, *War and Survival in Sudan`s Frontierlands*, Oxford, 2007. Anm.d.Verf.: In diesem Zusammenhang wird auch das kurzfristige sudanesisches Exil von Osama bin Laden gesehen.

anderen, weil die Ursache des sudanesischen Konflikts meist in einer Auseinandersetzung zwischen einem vom politischen Islam geprägten Norden und einem christlich geprägten Süden gesehen wird. Die vorliegende Arbeit möchte in diesem Zusammenhang die Thematik des politischen Islam am Beispiel des Sudan beleuchten. Der Sudan bietet dahingehend interessante Einsichten in eine Beziehung zwischen islamischer Religion und Staat auf der einen sowie einer mengenmäßig relevanten nichtmuslimischen Bevölkerungsgruppe auf der anderen Seite¹⁴, und somit die Möglichkeit zu einer vielversprechenden Fallstudie darüber, wie eine sogenannte „islamische Regierung“ und ein „islamischer Staat“ agieren.¹⁵ Ein weiterer Grund, der für die Auswahl des Sudan als Forschungsobjekt für diese Arbeit spricht, ist seine große Bandbreite an Akteuren des politischen Islam, die sich nicht nur auf politische (islamische) Parteien beschränkt, sondern die auch eine lange Tradition islamischer Sekten beinhaltet. Zudem spricht, wenn auch in beängstigender und erschreckender Weise, das Ausmaß der durch den Nord-Süd-Konflikt ausgelösten Katastrophe an Verlusten menschlichen Lebens für eine genauere Untersuchung. Das Ziel dieser Arbeit ist es somit einerseits zu untersuchen, welche Geschichte der politische Islam im Sudan hat und welche Formen er dort aufzeigt. Eine Einschränkung auf die Jahre 1955 bis 1985 bietet dahingehend eine vernünftige Eingrenzung, weil sie mit der Entlassung des Sudan in die Selbstständigkeit im Jahr 1956 und dem Ende der Nimeiri-Regierung (1930-2009) im Jahr 1985 einen für die Behandlung des Themas günstigen zeitlichen Rahmen bietet, der auch wichtige Meilensteine des Sudan und dessen islamisch-politischer Komponente enthält, wie etwa die Unterzeichnung des Addis Abeba Abkommens 1972 oder die Einführung der Scharia unter Numeiri im Jahr 1983. Die zweite Zielsetzung widmet sich der Frage, inwieweit der politische Islam tatsächlich als Ursache für den sudanesischen Nord-Süd-Konflikt gelten kann und welche anderen Faktoren möglicherweise in Betracht kommen.

Um diesem Ziel gerecht zu werden, enthält die vorliegende Arbeit folgenden Aufbau.

Zu Beginn erfolgt eine kurze Charakterisierung des Sudan, aufgeteilt in die Bedeutung des Namens „Sudan“, die geographischen Gegebenheiten sowie die Darstellung der Bevölkerung. Von besonderer Relevanz für das Thema dieser Arbeit, die Geschichte des politischen Islam im Sudan in den Jahren 1955 bis 1985 und deren Bedeutung für den Nord-Süd-Konflikt, ist eine Zusammenfassung der Historie des Gebietes, auf dem der heutige Sudan liegt, denn es wird festzustellen sein, in welchem Ausmaß die Zeit vor 1955,

¹⁴ Ayubi, Nazih, *Political Islam – Religion and Politics in the Arab world*, London, 2004, S. 79

¹⁵ Ebd.

insbesondere die Zeit des Mahdi-Aufstands (beginnend 1881)¹⁶ und die Periode der ägyptisch-britischen Herrschaft, bezeichnet als „Condominium-rule“¹⁷, Einfluss auf die spätere Entwicklung des politischen Islam und des Konfliktes zwischen Nord und Süd hatte.

Besonderer Sorgfalt bedarf es weiter, wenn es darum geht zu definieren, was denn überhaupt unter dem Begriff eines „politischen Islam“ zu verstehen ist, einem Begriff, der zusammen mit seinen synonym gebrauchten Begriffen wie etwa „militanter Islam“, „fundamentalistischer Islam“ oder vereinfacht „Islamismus“¹⁸ in Medien und Forschung häufig verwendet wird, hinter dem sich aber sehr differenzierte Ansichten, Meinungen und Konzepte verbergen und der aus diesem Grund einer sehr heftig geführten Debatte über seinen Begriffsinhalt unterliegt. Ein in Umfang und Inhalt wesentlicher Teil dieser Arbeit widmet sich anschließend den unterschiedlichen Strömungen und Akteuren des politischen Islam im Sudan, beginnend mit der Darstellung dreier auch in Bezug auf die Entstehung und Fortführung des Nord-Süd-Konfliktes wesentlichen historischen „Meilensteine“ im modernen Sudan, der Unabhängigkeit des Sudan im Jahr 1956¹⁹, dem Adis Abeba Abkommen 1972, dass eine Teilautonomie des Südtails zur Folge hatte²⁰, sowie der Einführung der Scharia im Jahr 1983.²¹ Diese Ereignisse sollen auch danach untersucht werden, inwieweit Akteure oder Motive des politischen Islam daran beteiligt waren. Im Folgenden widme ich mich zwei Ansätzen, die besonders in einer internationalen Komponente des politischen Islam eine große Bedeutung haben, dem Panislamismus und dem Panarabismus. Anschließend wird diese transnationale Komponente erweitert, indem gezeigt wird, welchen Einfluss ausländische Akteure auf den politischen Islam im Sudan eingenommen haben. Der politische Islam im Allgemeinen und jener des Sudan im Besonderen, dies wird zu zeigen sein, wird maßgeblich gestaltet durch Einzelpersonen, sei es als charismatischer Führer islamistisch-politischer Parteien, religiöser Ideologe oder durch die Ausübung eines Staats- oder Regierungsamtes.²²

Aus diesem Grund werden einige der prominentesten Vertreter des politischen Islam im Sudan gesondert porträtiert. Herausragende Bedeutung für die Verquickung politischer und religiöser Ideen und Ziele haben insbesondere im

¹⁶ Vgl. Holts, P.M., *The Mahdist State in the Sudan 1881-1898*, Oxford, 1970

¹⁷ Vgl. Ruay, Deng Akol, *The Politics of the two Sudans: the South and the North 1821-1969*, Stockholm, 1994

¹⁸ Vgl. Fuller, Graham, *The Future of political Islam*, New York, 2004

¹⁹ Vgl. Collins, Robert, *A History of Modern Sudan*, Cambridge, 2008

²⁰ Vgl. Reid, Richard, *A History of Modern Africa: 1800 to present*, London, 2012

²¹ Vgl. Austen, Ralph, *Trans-Saharan Africa in World History*, Oxford, 2010

²² Vgl. Lapidus, Ira, *A History of Islamic Societies*, Cambridge, 2002

Sudan auch religiöse Sekten. Ist dieses Phänomen auch nicht spezifisch „sudanesisch“, so wird doch verdeutlicht werden, dass Verbreitung, Macht und Ideologien der religiösen Sekten eine besonders prägnante Rolle im politischen Islam des Sudan zu spielen im Stande sind. Es wird ersichtlich werden, dass ein besonders enger Zusammenhang zu den politischen Parteien des Sudan besteht, deren wichtigste Vertreter des religiös-politisch motivierten Spektrums deshalb konsequenterweise anschließend näher erläutert werden. Den zweiten großen Aufgabenkomplex der Arbeit bildet die Darstellung des sudanesischen Nord-Süd-Konfliktes, insbesondere die Frage, welchen Einfluss Ideen und Akteure des politischen Islam genommen haben.

Nach einer kurzen Chronologie des Konfliktes gilt das Hauptaugenmerk den Gründen des Konfliktes. Es sei bereits an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, dass eine strikte Trennung in die drei von mir gewählten Kategorien, religiöse Gründe, politische Gründe und solche des politischen Islam schwierig erscheint, denn die Grenzen zwischen religiöser und politischer Motivation oder einer Kombination beider sind naturgemäß fließend und schwierig zu ziehen. Trotzdem soll der analytische Versuch unternommen werden, basierend auch auf einer von mir vorgestellten Definition des politischen Islam, diese drei Aspekte aufzuschlüsseln. Ziel ist es insbesondere zu verdeutlichen, welche Folgen politischer Islam, eben gerade als Verbindung religiöser *und* politischer Motive, für den Sudan hatte, nicht zuletzt ob die häufig gebrauchte und stark vereinfachte Gleichsetzung des Konfliktes als einer *„Auseinandersetzung zwischen einer Bevölkerung überwiegend arabischen Glaubens im Norden und einer nahezu ausschließlich negroiden Bevölkerung mit christlicher oder animistischer Religion im Süden“*²³ wirklich als zutreffend bezeichnet werden kann beziehungsweise ob dies als Hauptgrund für den Konflikt festgestellt werden kann. Im Folgenden werden die gewonnenen Erkenntnisse zusammengefasst, bevor ein Ausblick den eigentlichen Schluss markiert, indem eine zeitliche Brücke zum Sudan nach seiner Teilung in einen Nord- und einen Südteil am 9. Juli 2011²⁴ geschlagen wird. Zudem wird eine Prognose gewagt, inwieweit die Abspaltung des Südens zu einem tatsächlichen Frieden und einer Beendigung des Konfliktes beitragen kann.

²³ Möller, Bernd, Schnöder, Stefan, Die Ursachen des inneren Krieges im Sudan, in: Siegelberg, Jens (Hrsg.), Die Kriege 1985 bis 1990. Analysen ihrer Ursachen, Hamburg, 1991, S. 163-183, hier: S. 168

²⁴ Vgl. Medani, Khalid Mustafa, Understanding the partition of Sudan from a regional perspective, in: The Journal of North African Studies, Vol. 17, Nr. 2, 2012, p. 275-294